

Düstere Aussichten für die sozialen Einrichtungen des Bezirks von Oberbayern

Große Sorgen macht sich Rainer Schneider, Bezirkstagsmitglied, über die Finanzen des Bezirks von Oberbayern. Der Bezirk hat so gut wie keine Rücklagen mehr, verkündete er am Mittwoch den 16. Februar bei der Informationsveranstaltung des Kreisverbands der FREIEN WÄHLER München Land in Unterföhring. 2011 ist sogar mit 110 Millionen Euro Verschuldung zu rechnen.



Personen von links nach rechts:

Kreisvorstand Nikolaus Kraus,
Kreisgeschäftsführerin Dr. Ilse Ertl,
Bezirksrat Rainer Schneider,
Bezirksrätin Marianne Heigl,
Mitglied des Landtags Eva Gottstein

Noch arbeiten die überörtlichen Fachkrankenhäuser wie in Haar und Ingolstadt sowie das Inn-Salzach Klinikum, die Lech-Mangfall-Kliniken, kostendeckend, doch schon bald wird nicht mehr genug Geld da sein, um den Betrieb wie bisher aufrecht erhalten zu können. Auch das bekannte Freilichtmuseum Glentleiten, das Bildungszentrum Kloster Seeon sowie etliche Schulen, Berufsfachschulen, Behandlungszentren, Förderzentren, Reha- Maßnahmen, Betreuung in Langzeiteinrichtungen, Kulturzentren, Agrar- und Bildungszentren sind von der finanziellen Schieflage des Bezirks betroffen.

Doch wie kommt es zu dem plötzlichen, finanziellen Notstand an sozialen Einrichtungen? Eine Gesetzesänderung bewirkte, dass bereits seit drei Jahren die Leistungen für die Jugendhilfe sowie die Ambulante Eingliederungshilfe nicht mehr wie bisher vom Freistaat Bayern übernommen wird, sondern vom Bezirk zu tragen ist. Oberbayern ist von der Änderung besonders betroffen, weil ein fünftel des vorhandenen Geldes an die Hälfte der Bevölkerung verteilt werden muss. Die Bezirke erhalten ihre Gelder von den Landkreisen, die nun noch tiefer in die Taschen greifen müssen. So entrichtet beispielsweise der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen bereits 61,6 % seiner Einnahmen an den Bezirk. Um eine gute Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Einrichtungen weiterhin zu gewährleisten, ist es nötig ständig die Kreisumlage zu erhöhen. Schneider zieht daher das Fazit, dass die Soziale Hilfe bald nicht mehr bezahlbar ist.